



ROSSDORF

17. Mai 2014 | Von Silke Rummel und Frank Leber |

Spekulation über Windräder

Energie – Die Bürgerinitiative in Roßdorf lässt nicht locker

Die Interessengemeinschaft Roßdorf, die sich gegen die Windkraftanlage auf dem Tannenkopf einsetzt, lässt nicht locker. Sie kritisiert die Gründung einer Betreibergesellschaft und die Nähe der geplanten Windräder zu den Erdbeben-Messstationen in Eberstadt und Messel.

ROSSDORF. In einem offenen Brief wendet sich die Interessengemeinschaft Roßdorf an Bürgermeisterin Christel Sprößler. Der Anlass: Die südhessische GGEW AG mit Sitz in Bensheim, die die zwei geplanten Windräder auf dem Tannenkopf in Roßdorf errichtet, hat dafür eine Betreibergesellschaft gegründet – die GGEW WP Roßdorf GmbH & Co. KG. Eine Personengesellschaft, wie die IG schreibt. Persönlich haftend sei die GGEW Ventusol GmbH.

Die IG formuliert in dem Schreiben folgende Prognose: Die neue Betreibergesellschaft finanziere den Bau des Windparks zu 70 Prozent aus Barkapital und zu 30 Prozent aus Bürgerkapital in Form von nachrangigen Darlehen. Nach dem Auslaufen der Subventionsphase würde die Gesellschaft Insolvenz anmelden.

Die Banken würden aus dem Verkauf an einen „Verwerter“ bedient, die Bürger hätten das Nachsehen durch Verlust ihrer Einlagen. Rückbau und Pacht seien nach Vermutung der IG ebenfalls hinfällig. „Was bleibt, sind alle negativen Nachteile für Roßdorf“, heißt es weiter.

Für die Windkraftanlage in Roßdorf bietet die GGEW – analog zur Fotovoltaikanlage in Alsbach-Hähnlein – ein Bürgerbeteiligungsmodell in Form eines nachrangigen Darlehens mit fester Verzinsung und zehnjähriger Laufzeit an. Die jährliche Verzinsung liegt bei 2,2 Prozent, die Mindesteinlage bei 500 Euro, die Maximaleinlage bei 50 000 Euro. Nach fünf Jahren ist eine Kündigung möglich. Wer ist nun Vertragspartner bei den Roßdörper Windrädern? „Der Bürger schließt ganz klar mit der GGEW AG den Vertrag“, sagt GGEW-Vorstand Peter Müller.

Gute Resonanz auf die Bürgerbeteiligung

In dem mit der Gemeinde geschlossenen Pachtvertrag stehe, dass Rechten und Pflichten auf Dritte übertragen werden könnten. Nach Auskunft von Müller funktioniert das Modell dergestalt: Die WP Roßdorf ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der GGEW. Die Windräder kosten rund zehn Millionen Euro, sieben bis acht Millionen werden über Kredite finanziert, bei denen die Windräder und die Einspeisevergütung für die Bank als Sicherheit fungieren. Zwei bis drei Millionen werden von der GGEW als Eigenkapital eingebracht – dazu zählt auch das Geld aus der Bürgerbeteiligung. „Welche Bank würde schon so viel Geld in ein unwirtschaftliches Projekt investieren“, sagt Müller.

Die Resonanz auf die Bürgerbeteiligung sei gut, für die Projekte in Alsbach-Hähnlein und Roßdorf sei schon nach wenigen Tagen ein Millionenbetrag erreicht. „Die Bonität, eine Eigenkapitalquote von über 50 Prozent – was in der Branche außergewöhnlich hoch ist – hervorragende Jahresergebnisse und die hohe Verlässlichkeit der GGEW AG sind wesentliche Vorteile des Bürgerbeteiligungsmodells.“ In Roßdorf laufe alles planmäßig, die Baugenehmigung müsse demnächst kommen, sagt Müller.

Vor Kurzem erst hatte die Roßdörper Bürgerinitiative das Beteiligungsmodell in Form von nachrangigen Darlehen kritisiert und der GGEW vorgeworfen, nicht ausreichend über die Risiken zu informieren (wir haben berichtet). „Immer dann, wenn ich dabei war, wurde auf die Nachrangigkeit und die Risiken eingegangen“, sagt Bürgermeisterin Christel Sprößler. Zur geplanten Windkraftanlage sei mehr als zu jedem anderen Projekt informiert worden. „Was getan werden konnte, wurde gemacht.“

Kritik übt die Bürgerinitiative – nach eigenem Bekunden hat sie 200 Unterstützer – zudem daran, dass die geplanten Windkraftanlagen aufgrund der Rotorenbewegungen die empfindlichen Erdbeben-Messstationen in Eberstadt und Messel stören könnten. „Das Schreiben der IG Roßdorf und die Stellungnahme des Arbeitskreises liegen im Fachdezernat vor“, bestätigt Nicole Ohly-Müller, Pressesprecherin des Regierungspräsidiums auf ECHO-Anfrage. Man werde sich inhaltlich damit auseinandersetzen und in dieser Frage auch das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie einschalten.

Zum Stand des Genehmigungsverfahrens sagt Ohly-Müller, man warte derzeit noch auf die abschließenden Stellungnahmen der Fachbehörden.